

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

28.10.1921 (No. 252)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postkassonier
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Haupt-
schreiber
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen tarifreier Abat, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontaktsverfahren fällt der Abatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschaltung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Wahlzeit von vormittags 9 Uhr bis 6 Uhr abends.

Da auf ausgegebenen Einladungsformularen einer Verweigerung der Wahl des Wahllokales fälschlicherweise auf abends 8 Uhr, statt auf 6 Uhr, angegeben ist, sei hierdurch nochmals festgestellt, daß nach § 48 der Wahlordnung im Winterhalbjahr die Wahl um 9 Uhr morgens beginnt und um 6 Uhr abends endet. Dieser Paragraph lautet:

Die Wahlzeit dauert in der Zeit vom 1. April bis 30. September von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. In Wahlbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die zur Abgrenzung der Wahlbezirke zuständige Behörde die Wahlzeit abkürzen; die Wahlzeit darf jedoch nicht später als 10 Uhr vormittags beginnen und, unbeschadet der Bestimmung des § 56 Abs. 2, nicht vor 5 Uhr nachmittags schließen.

Darnach ist also die Wahlzeit für die am 30. Oktober d. J. stattfindenden Landtagswahlen, mit Ausnahme jener Wahlbezirke unter 1000 Einwohnern, für welche die Wahlzeit abgekürzt werden kann, auf die Zeit von vormittags 9 Uhr bis abends 6 Uhr festgesetzt. Hierauf sei nochmals, um allen Zweifeln zu begegnen, ausdrücklich hingewiesen.

Verbot der Verarbeitung von Topinamburs zu Branntwein.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Bekanntmachung betreffend das Verbot der Verarbeitung von Topinamburs zu Branntwein vom 12. Mai 1917 noch in Wirksamkeit ist und daß die zuständigen Behörden die Aufhebung dieser Verordnung nicht beabsichtigen.

Errichtung von Finanzämtern.

Am 1. November 1921 wird der Steuerkommissariatsdienst Säckingen aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Säckingen. Das Finanzamt übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des bisherigen Finanzamts und des Steuerkommissariatsdienstes Säckingen. Die Steuererhebung Säckingen wird auf diesen Zeitpunkt ebenfalls aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Der bisherige Steuerkommissariatsdienst und die Steuererhebung Säckingen werden in ihren bisherigen Diensträumen untergebracht.

Ferner wird am 2. November der Steuerkommissariatsdienst Mastatt aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Mastatt mit Ausnahme der Gemeinden Gaggenau und Rotenfels. Das Finanzamt übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des bisherigen Finanzamts und des Steuerkommissariatsdienstes Mastatt. Es wird im Mannschaffshaus III der ehemaligen Markgraf Ludwig-Wilhelm Kaserne untergebracht.

Internationale Wirtschafts- und Finanzprobleme.

Von Dr. Klaus Fuschmann-Darmstadt.

(Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Steuerdrücke und Notenpresse.

Unermüdete zielbewusste Arbeit, Produktions- und Absatzsteigerung müssen unsere Lösung, äußerste Sparsamkeit unserer Reichtümer sein. Es klingt wie Hohn und ist doch Tatsache, daß in unserem bettelarmen Deutschland selbst heute noch sozusagen aus dem Vollen gewirtschaftet, Arbeitskraft und Geld vertan wird, oben und unten. Der Maßstab für das Mögliche und Unmögliche ist noch nicht wiedergefunden, niemand will entbehren, und so werden denn immer wieder aus neue Forderungen gestellt und bewilligt, ohne daß Deckung für sie vorhanden ist. Bekümmert zu beschaffen, überläßt man der Steuerdrücke, wenig bekümmert darum, daß diese mit jedem weiteren Anziehen unsere Not noch steigert, indem sie neue Leuerungen, neue Gehalts- und Lohnforderungen auslöst und zu deren Befriedigung immer mehr Papiergeld, also Schulden nötig macht. Das Gesamtbild des Reichshaushalts für 1921/22 ist augenblicklich, Mitte September, folgendes: Der ordentliche Haushalt ist belastet mit 48,5 Milliarden Mark, von denen 16 Milliarden auf den Zinsendienst entfallen; hinzu treten zur Erfüllung des Ultimatums, die Goldmark zu 15 Papiermark gerechnet, 60,2 Milliarden, so daß also der Gesamtbedarf im ordentlichen Haushalt 108,7 Milliarden beträgt. Hiervon sind noch ungehebt 64,5 Milliarden; dazu tritt der Anleihebedarf beim außerordentlichen Haushalt mit 27,6 Milliarden. Womit beträgt der Gesamtbedarfsbetrag, ohne die Forderungen aus Anlaß der Erhöhung der Leuerungsansprüche der Reichsbeamten, 92,1 Milliarden. Woher soll nun dieses Defizit gedeckt werden? Das umfangreiche Wirtschaftliche Steuerprogramm, das u. a. drei neue Vermögenssteuern sowie Erhöhung der Umsatz- und Rohstoffeuer vorsieht, kann sie nicht schaffen, denn es wird lediglich 25 Milliarden

mehr hereinbringen. Mit den Pflichtzahlungen aus dem Ultimatum aber dürfen wir nicht in Verzug kommen, sonst ist es um Deutschland vollends geschehen.

Ohne Geld geht es nicht. In normalen Zeiten soll und kann der Staat seine laufenden Ausgaben aus den Steuern und den Überschüssen seiner Erwerbsunternehmungen, z. B. Eisenbahn und Post, decken; in anormalen aber, oder wenn außerordentliche Ausgaben zu bestreiten sind, muß er Geld borgen. So auch das Reich, dessen Steuerbedarf heute schon größer ist als das gesamte, auf etwa 105 Milliarden geschätzte steuerbare Volkseinkommen. Da es im Ausland wegen mangelnden Kredit-Ansehens kaum noch unterzubringen vermag, auch innere Daueranleihen in großem Maßstab ohne Zwang sich nicht mehr ermöglichen lassen, geht es zur Reichsbank und nimmt gegen Eingabe von Schatzwechseln sogen. Schwedende Schuld auf. Hat die Reichsbank und haben die übrigen Banken hinreichende Deckungsmittel zur Hand, so braucht kein neues Papiergeld gemacht zu werden, wohl aber in anderen Fällen. Heute bildet die schwebende Schuld, die von 18 Milliarden am 30. Juni 1914 im Rechnungsjahre 1920/21 um rund 75 Milliarden und bis zum 31. August 1921 um weitere 35 Milliarden auf 202,8, bis 10. Oktober auf 212,5 Milliarden stieg, die Hauptunterlage der allein in Deutschland mit 90 oder schon mehr Milliarden umlaufenden Banknoten usw. In England sollen sich 10, in Belgien 6, im ganzen Ausland aber, wie Handelsminister Fischek am 6. Oktober d. J. im preussischen Landtag mitteilte, 60-80 Milliarden deutscher Noten und Wertpapiere befinden. Aber wie alles Geld verlieren erst recht die Erzeugnisse der Notenpresse an Wert, je mehr von ihnen vorhanden und je geringer die ihnen gegenüberstehende reale Deckung ist. Ein Staat jedoch, der einmal zu tief in die Papier- und Schuldenwirtschaft hineingeraten ist, kommt durch eigene Kraft nur schwer, oft überhaupt nicht mehr aus ihr heraus, denn weil unterwertig gewordenes Geld die Tendenz hat, weiter zu fallen, muß immer mehr davon hergestellt werden, um Staat und Wirtschaft in Gang zu erhalten. Daher zunehmende Verschuldung des Staates, zunehmende Entwertung seines Geldes, zunehmende Leuerungen.

Der Katastrophe entgegen?

Deutschlands Finanznot ist schon bald keiner Steigerung mehr fähig. Die letzte Reserve ist bis auf die eine der Reichsbank noch verbleibende Goldreserve längst aufgebraucht, der Staatskredit im Ausland dem Nullpunkt nahe, und der Ertrag unserer Arbeit reicht bis jetzt kaum zur Deckung des notwendigen eigenen Lebensbedarfs, geschweige denn zur Anschaffung der Milliardenbeträge in überseeischen Devisen, die Jahr um Jahr von uns gefordert werden. Wir leben von der Hand in den Mund, mehr als die Hälfte des Volkseinkommens wird bereits von der Steuer weggenommen, mit Sorgen und Bangen warten wir des nächsten großen Zahltages. Wenn die Verbandsstaaten wie Schwed auf ihrem Schein bestehen, zu einer Revision und Milderung des Zahlungsplans von London sich nicht bereit finden lassen, dann werden wir schon bald zu einem neuen Eingriff in die Vermögenssubstanzen, und zwar durch Vesterung der Produktionsmittel, also der Sachwerte, uns genötigt sehen. Das bedeutet, bei Nichtbefinden der Konfiskation eines Teiles der Produktionsmittel und damit der Vorwegnahme des Ertrags für die Gegenwart zu Lasten der wirtschaftlichen Zukunft, denn für spätere Jahre würde dieser Teil als Vesterungsobjekt z. B. bei Vermögensbesteuerungen fehlen. Es bedeutet eine Zwangshypothek, die natürlich eine Erschütterung des Realcredits und die Schwächung der privaten Produktionskraft zur Folge hätte. Und schließlich würde daraus, da diese Zwangshypothek nur vom zahlungskraftigen Ausland erworben werden könnte, eine Auslieferung des deutschen Grundbesitzes und der deutschen Industrie an das Ausland, dazu vielleicht um Schänderpreise, denn zu einem guten Teil handelt es sich hier um eingebildete Werte. Damit wäre unser Schicksal wohl endgültig besiegelt. Nun bewegt sich aber ein dem Reichswirtschaftsrat vorliegender Antrag Wiffell, der die Heranziehung der Sachwerte zum Gegenstand hat, bereits in dieser Richtung; er löst natürlich auf energisches Widerspruch, umfomehr, als georgewohnt wird, daß neben finanzpolitischen auch parteiprogrammatische Erwägungen ihn veranlassen haben. Man fürchtet den letzten Akt des Trauerspiels, in dem Deutschland selbst seine Wirtschaft umbringen muß, und sucht dessen Anfang so lange als möglich hinauszuschieben. Deshalb kam jüngst aus den Kreisen der Industrie die Anregung, den ausländischen Kredit der deutschen Wirtschaft für die Zwecke des Reiches nutzbar zu machen. Eine vom Reichsverband der deutschen Industrie auf der Münchener Tagung angenommene Entschließung sagt: „Die Industrie ist zu Verhandlungen darüber bereit, wie unter Ausnutzung des Kredits, den sie im Ausland genießt, der Reichsregierung Gold oder Devisen zur Verfügung gestellt werden können. Die Voraussetzung dabei ist, daß die übrigen Kreise der Wirtschaft, Landwirtschaft, Handel, Banken und Bankiers, in gleicher Weise sich betätigen und daß unverzüglich wirksame Maßnahmen durchgeführt werden, die die heutige Finanzwirtschaft, als den Kredit des Reiches und der Privatwirtschaft untergründend, beseitigen.“ Wie die Ausführung dieses Vorhabens, der im Inland wie im Ausland erhebliche Schwierigkeiten in den Weg treten werden, im einzelnen gedacht ist, steht dahin; anscheinend ist die Aufnahme eines langfristigen Kollektivkredits geplant, dem als Unterlage die Haftung der einzelnen Mitglieder mit einer bestimmten Summe gegenüber der gesamten Organisation dienen soll. Auch über die Höhe des erwarteten Kredits lassen sich noch keine zuverlässigen Angaben machen, man spricht von 1 bis 1 1/2 Milliarden Goldmark, ein in Anbetracht unserer Verpflichtungen nicht gerade übermäßiger Betrag, erst recht nicht, wenn zu seiner Verwirklichung auch sonstige im Besitz un-

serer Wirtschaftskreise befindliche, entbehrliche und deshalb ohne weiteres dem Reich zur Verfügung zu stellende Devisen herangezogen würden. Daß im übrigen auch bei dieser Aktion partei- und steuerpolitische Motive mitspielen, nur nebenbei. Millionen sind jedenfalls nicht am Plage. Wohl wäre mit dieser Milliarde eine neue Atempause gewonnen, unsere Schuld aber um keinen Pfennig vermindert, die Katastrophe nicht abgewendet. Ketten können uns nur die Siegerstaaten, tun sie es nicht, dann ist der deutsche Staatsbankrott unvermeidlich, dann ist der Tag nicht mehr fern, wo die Staatsmaschine verjagen muß, unsere ganze Wirtschaft zusammenbricht, die Banken nicht mehr zahlen können, die Fabriken stillstehen und Millionen Menschen dem Hunger preisgegeben sind.

III.

Das Saluta-Problem. Wie kam es doch?

Der Krieg forderte von allen an ihm beteiligt gewesenen Staaten ungeheure Ausgaben, die zur Schaffung künstlicher Einnahmequellen zwangen, wenn man die Mittel für die Kriegsführung gewinnen wollte. Und so schloß denn namentlich in Deutschland die Flut des Papiergeldes höher und höher an, nicht zuletzt auch aus dem Grunde, weil der Staat zur Hochhaltung und Steigerung der Produktion für Kriegszwecke unerhörte Preise und den in Munitionsfabriken beschäftigten Arbeitern Löhne zahlen mußte, die über die bis dahin üblich gewesenen um ein Mehrfaches hinausgingen. Von der gesetzlichen Dritteldeckung mit Gold konnte schon 1914 nicht mehr die Rede sein. Die Zahlungsmittel verloren immer mehr an Kaufkraft, einmal weil das Publikum dem Papiergeld soviel geringeren Wert beimaß, und vor allem, weil das Ausland sie nicht als vollwertig ansah. Eine allgemeine Preissteigerung war die Folge. Der zunehmende Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln, die politischen Ereignisse, die Waffenstillstandsbedingungen, die Transport- und Verteilungsschwierigkeiten verschlimmerten die Not noch. Die Maßnahmen der Reichsregierung und der Reichsbank, um das Abfließen von Reichsmark nach dem Ausland zu verhindern, führten nicht zum Ziel. Ein profitierendes skrupelloses Schiebertum, Kapital- und Steuerflucht brachten nach wie vor riesige Summen unseres Geldes über die Grenzen. Vieles wurden die erwähnten Maßnahmen unbeabsichtigt auch von Selbstverwaltungskörpern, Städten usw. neutralisiert, die den Ankauf von Lebensmitteln in Holland und sonstwo selbst in die Hand nahmen. Das „Loch im Westen“ tat ein übriges, indem es uns auf der einen Seite eine Überschwemmung mit entbehrlichem Auslandsware brachte, und auf der anderen die Entgüterung, den Ausverkauf Deutschlands herbeiführte. Auch die Notensammler, die heute schon 10 Milliarden dem Verkehr entzogen haben sollen, trugen das ihrige dazu bei, das Maß voll zu machen. So mußten zur Befriedigung des Bedarfs immer mehr Geldzeichen gedruckt werden, die Inflation wurde größer und größer, bis dann die Nachsprüche von Versailles und London uns in ein Meer von Papiergeld hineinzogen. Seitdem bewegt sich der Kurs der deutschen Reichsmark mit rasender Geschwindigkeit nach unten. Bei unserenormaligen Verbündeten nahm das Unheil einen ähnlichen Verlauf, aber auch die europäischen Siegerstaaten gerieten durch den Krieg tief in die Schulden, ihr inländischer Geldumlauf erfuhr eine starke Vermehrung, und die Schwierigkeiten, Kredite in anderen Ländern zu erhalten, wurden immer größer. Die Neutralen dagegen vermochten ihre Valuta hochzuhalten, besonders aber die Vereinigten Staaten von Amerika, die als Geld- und Warenlieferant mehr und mehr zum Gläubigerstaat wurden und deren Dollarkurs sich deshalb in gerade entgegengesetzter Richtung entwickelte.

Der gegenwärtige Stand des Problems.

Am 29. September 1921 galten am Berliner Devisenmarkt der Dollar 122,90, das Pfund Sterling 458,75, der französische Franken 8,6, der holländische Gulden 89,24, der schweizerische Franken 21,07 und die schwedische Krone 27,38 deutsche Papiermark. Diese Kurse gehen über den bisher für uns ungünstigsten Stand vom Januar 1920 noch weit hinaus; sie lassen übrigens auch das ungefähre Verhältnis erkennen, in dem die ausländischen Zahlungsmittel untereinander rangieren. Fällt die Mark so weiter, und sie tat es in der dritten Oktoberwoche, veranlaßt durch das zu erwartende Schicksal Osterreichs, in geradezu beängstigender Weise, dann wird es zu einer Weltwirtschaftskrise von nie gekannter Größe kommen. Ist doch schon die derzeitige Arbeitslosigkeit in England und Amerika, wo viele Millionen Hände feiern müssen, nicht zuletzt durch die Finanzkrisen in Deutschland mitbedingt, das heute an der Grenze der Möglichkeit angelangt ist, Rohstoffe und fertige Produkte im Ausland zu kaufen, das infolgedessen auch seine eigene Produktion und Ausfuhr nicht genügend fördern kann, um den Verpflichtungen aus dem Londoner Ultimatum gewachsen zu sein. In der ganzen Welt beginnt Handel und Wandel zu stoben, weil das Währungssystem von einem Land zum andern gelähmt ist und die unaufhörlichen Kurschwankungen jede geschäftliche Kalkulation übermäßig erschweren, wenn nicht überhaupt unmöglich machen. Die valutastarken Länder leiden ebenso wie die valutastarken, denn sie werden von diesen, allen Einfuhrschwierigkeiten, hohen Zöllen, Sondergeboten, Valutazuschlägen usw. zum Trotz, mit wohlfeiler Valutaware bombardiert, können selbst aber ihre eigenen Erzeugnisse dorthin nicht absetzen. Amerika, England, Frankreich, Italien, alle hoffen riesige Geldsummen von einander oder von Deutschland herauszubekommen; Schuldweintreiben ist, wie jüngst der englische Staatsmann Churchill in Dundee sagte, eine Hauptindustrie geworden. Aber auch ein

Mit einer Beilage: 71. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

anderer, neuer Krebschaden des Weltwirtschaftslebens ist schon da, nicht weniger gefährlich als der grassierende Wuchergeist, das Schiebertum und die Notensamsterei, nämlich die Spekulation in Valutadifferenzen. Bestrebt, das stark entwertete Papiergeld noch so gut als möglich anzulegen und sich vor Verlusten bei dessen weiterem Sinken zu bewahren, rast alles nach Sachgütern, kauft Industrieaktien und Devisen und treibt Valutafpekulation, selbst im Warenhandel. Ein Kettenhandel mit Waren hat eingegriffen, die aus valutastarken Ländern nach und über Länder mit höherem Devisenkurs ausgeführt werden, z. B. aus dem noch „billigen“ Deutschland über Frankreich nach der Schweiz. Man behauptet sogar, daß heute schon der gesamte Handel in dieser Richtung spekuliert und daß viele Geschäftsabschlüsse gar nicht mehr ordnungsmäßig realisiert, sondern nur die Spekulationsgewinne eingestekt werden. Die Welt ist außer Rand und Band geraten; der „Ausverkauf Deutschlands“ ist jetzt wieder ärger im Schwunge, als vor zwei Jahren. Ruhe wird es nicht eher geben, bis der Inlandspreis allenthalben dem Weltmarktpreis angeglichen und wenigstens allzugroßen Schwankungen der Valuta ein Ende gesetzt ist durch eine internationale Übereinkunft, die allerdings nur möglich werden wird bei Eintanhaltung positiver und wirtschaftlicher Sonderinteressen. Nur so kann die Weltwirtschaft wieder eine gesunde und gesicherte Grundlage gewinnen. Namentlich für Deutschland handelt es sich um eine Lebensfrage. Ob der relative Wert seines Geldes hoch oder niedrig ist, hat schließlich weniger zu bedeuten, es muß ihm nur Beständigkeit innerhalb enger Grenzen gesichert werden; einer starken Stabilisierung bedarf es nicht. Mag sein, daß bei Festigung der Valuta fürs erste wieder ein anderes Übel, nämlich große Arbeitslosigkeit, zu besorgen ist, doch dürfte diese nur vorübergehend sein. Wie verlautet, soll gelegentlich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz in Washington auch die Frage des Wechselkurses Gegenstand einer Beratung sein. Zu wünschen wäre, daß dem so ist und dabei auch für uns etwas herauskommt.

Armes Österreich!

Fast unbeschreiblich ist das Schicksal Österreichs, jenes kleinen Landes mit der Hauptstadt Wien und etwa 7 Millionen Bewohnern, das aus seiner Vergangenheit sonst eigentlich nur den Namen gerettet hat. Durch den Vertrag von St. Germain wurde es von den Quellen seines Wohlstandes getrennt, des der Staatsbank noch verbliebenen Goldes, des größeren Teiles seines Eisenbahnmateriale, der Donau- und der Handelsflotte entblüht, dafür aber beurteilt, bis auf einen geringen, auf Ungarn entfallenden Teil, die gesamten Kriegs- und sonstigen Schulden der ehemaligen Monarchie sowie die Wiederherstellungskosten zu übernehmen. Mit drei Vierteln seines Bedarfs an Lebensmitteln, mit dem gesamten Verbrauch an Kohle, den meisten Metallen, Baumwolle usw. ist Österreich heute auf das Ausland angewiesen. Seine Produktion und Ausfuhr dagegen sind weit zurück, es kommt also nur wenig fremdes Geld ins Land, dessen es aber doch in hohem Maße bedürftig ist, zum Leben und zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft. Womit soll es bezahlen, wie die notwendigen Devisen sich beschaffen? Was Wunder, daß es allen Kredit in der Welt verloren hat und sozusagen auf „milde Gaben“ angewiesen ist? Von einer österreichischen Währung kann man schon nicht mehr sprechen, nachdem vom 1. Juli d. J. bis 27. September die Mark von 10 auf 20,58, der Dollar von 750 auf 2557, das Pfund Sterling von 2820 auf 9600, der schweizerische Franken von 127,50 auf 435, die Lire von 37,45 auf 105, der französische Franken von 60,50 auf 182 und die tschechische Krone von 9,98 auf 25,10 österreichische Kronen gestiegen sind. Die Erklärung hierfür ist einmal darin zu finden, daß weder die im Mai von den Vertretern des Finanzkomitees des Völkerbundes in Aussicht gestellten Hilfskredite in Höhe von 5 Millionen Pfund Sterling, noch Vorschüsse auf diese bisher flüssig gemacht werden konnten, und zum andern, weil Österreich, um überhaupt noch über Wasser zu bleiben, seit Juni allmonatlich eine weitere Milliarde Kronen in Umlauf setzen mußte. Daß unter diesen Umständen auch dort die Valutafpekulation Orgien feiert (Ball Duin!), ist selbstverständlich. Die Jagd nach Devisen, insbesondere aber nach Aktien, an der allen voran ausländische Käufer mit ihrem hochwertigen Geld sich beteiligen, treibt die Kurse ins Abseitige. Man sucht seine Kronen für jeden Fall los zu werden, die Extranzahlbarkeit der für Phantasiepreise erstandenen Papiere ist Lebensfrage. Entgeltung, Ausverkauf wie in Deutschland! Von welcher Seite man auch die Lage Österreichs betrachtet, sie ist verzweifelt und unhaltbar; mit Finanz- und Steuerprogrammen, die übrigens den deutschen stark ähneln, ist ihr nicht beizukommen. Inzwischen vertrotzelt die Regierung das Land damit, daß die erhoffte Hilfe nun doch bald gebracht werde, vielleicht auch von

Amerika. Österreich erstrebt nämlich, daß die Vereinigten Staaten ihm die Zahlung von 22 Millionen Dollar für gelieferte Lebensmittel stünden, und dazu eine Anleihe von 250 Millionen Dollar bewilligen, von der jährlich 50 Millionen bezahlt werden sollen. Als Sicherheit könnten die österreichischen Zolleinnahmen, das Tabakmonopol und andere Einnahmen dienen. In diesem Sinne soll der Finanzminister Grimm jüngst in Paris, London und Genf verhandelt, aber nur 400 000 Pfund Sterling als Voransch erhalten haben. Die Gewährung größerer Kredite machen England und Frankreich von besonderen Bedingungen in Vorkaufangelegenheiten abhängig. Auch steht das Generalypandrecht auf alle österreichischen Vermögenswerte, das sich die Siegerstaaten im Vertrag von St. Germain sicherten und mit dessen Rückstellung die Vereinigten Staaten sich bisher nicht einverstanden erklärt haben, noch im Wege. An eine Entreibung der Kriegsschulden, die Österreich im Verein mit Ungarn und Bulgarien entrichten soll, ist natürlich, so wie die Dinge liegen, auf unabsehbare Zeiten nicht zu denken. Deshalb hat auf der letzten Ministerkonferenz der Alliierten das hier am meisten interessierte Italien durchgesetzt, daß aus den 132 Milliarden Goldmark, die Deutschland zu zahlen hat, 12 Milliarden in Gestalt von Schuldverschreibungen zur Deckung jener Schulden verwandt werden sollen. Davon will aber Frankreich nichts wissen, denn es würde, weil für Rechnung Deutschlands dann nur noch 120 Milliarden bleiben, von seinem ursprünglichen Anteil 6,24 Milliarden einbüßen. Doch dies mehr nebenbei. Lebensfalls ist Österreich ein weiterer Beweis dafür, daß die fränke Welt nicht wird genesen können, bevor sie Hand in Hand mit der Lösung der internationalen Wirtschaft- und Finanzprobleme herangeht. (Fortsetzung folgt.)

Politische Neuigkeiten.

Die erste Sitzung des neuen Reichskabinetts.

Gestern vormittag 11 Uhr trat das Kabinettsrat zur ersten Geschäftssitzung zusammen. Nach Beratung über die ausstehenden Minister begrißte der Reichskanzler das neue Kabinettsrat und sprach die Hoffnung aus, daß es ihm und seinen bewährten Mitarbeitern, den Staatssekretären und den ihnen nachgeordneten Beamten, denen er für ihre aufopfernde Tätigkeit seinen Dank ausspreche, gelingen werde, das Rettungswerk Deutschlands fortzusetzen. Darauf trat das Kabinettsrat in die Tagesordnung ein.

Zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien wurde der Reichsminister a. D. Schiffer, zu seinem Stellvertreter der Staatssekretär für Bewald ernannt, der damit aus seiner bisherigen Stellung im Reichsministerium des Innern ausscheidet.

Die deutsche Note an die Alliierten.

Der deutsche Votschaffer in Paris hat gestern der Vorkaufertkonferenz folgende Note überreicht: Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäufung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, das dadurch dem Deutschen Reich auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der sie wechlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailleser Vertrages, dem die in Genf getroffene und von den alliierten Hauptmächten angenommene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung ausdrückliche Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen und um der deutschen Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes die sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend die darin vorgesehene Delegation zu ernennen. Die Namen der deutschen Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden.

Protest der Gewerkschaften gegen den Rechtsbruch von Genf.

Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Angestelltenbund, der deutsche Gewerkschaftsbund, der deutsche Gewerkschaftsring und der deutsche Beamtenbund ver-

öffentlichen nachstehenden Protest gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens:

„Ohne Rücksicht auf die feierliche Willenserklärung der Bevölkerung, ohne Beachtung zwingender Vorschriften des Versailler Vertrages, ohne jede Erwägung darüber, wie Deutschland die würgende Last der Reparationsverpflichtungen künftighin tragen kann, haben Völkerbundsrat und die Hauptmächte der Entente das Unrecht der Teilung Oberschlesiens beschlossen. Gegen diese Entscheidung erhebt die Gesamtheit der deutschen Arbeiter durch ihre Spitzenorganisationen vor aller Welt schärfsten Protest. Sie erblicken in diesem dem deutschen Volke ohne jede Anhörung aufgezwungenen Beschluß eine Vergewaltigung und einen Rechtsbruch schlimmster Art, eine Handlung, die außerdem im schärfsten Widerspruch mit dem wiederholt feierlich verkündeten Zweck des Völkerbundes (friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten) steht. Gegen ihren ausdrücklichen Willen, gegen Geist und Sinn des Gedankens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sollen Hunderttausende deutscher Volksgenossen einem Staate überantwortet werden, der kulturell, sozial und wirtschaftlich rückständig ist. Das in Deutschland gepflegte und gesetzlich festgelegte Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ist in Polen nicht gewährleistet. Rechtslos und hilflos sind unsere Volksgenossen dem Mißbrauch der politischen Gewalt durch die Behörden freigegeben. Während das deutsche Wirtschaftsleben schon nach dem ersten Versuch zur Erfüllung der Reparationsleistungen schweren Erschütterungen ausgesetzt wurde, werden die wertvollen, unentbehrlichen Teile entziffen. Die deutsche Arbeiterbewegung hat wiederholt ihren ehrlichen Willen zur Mitarbeit an den Pflichten der Reparation bekundet. Dieser Wille wird durch die Genfer Entscheidung glatt zerschlagen. Es gewinnt den Anschein, als solle die Reparation verhinndert werden, um dann gegen Deutschland mit neuen Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Dreizehn Millionen deutsche Arbeitnehmer sprechen hiermit den gegen ihren Willen und entziffenen Oberschlesien ihr innigstes Mitgefühl aus. Wir werden nie aufhören, euch als Volksgenossen zu betrachten und werden nie unterlassen, zu betonen, daß wir die Zerstückelung Oberschlesiens, die entgegen dem einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen der beteiligten Bevölkerung, entgegen Vernunft und Gerechtigkeit erfolgt ist, als brennendes Unrecht betrachten. Wir appellieren an das Gewissen der ganzen Kulturwelt in der festen Zuversicht, daß mit Hilfe aller ehrlichen Menschen im Geist der Völkerverständigung auch das Recht bei unseren ober-schlesischen Volksgenossen Anwendung findet.“

Briand.

Im französischen Senat interpellierte der Senator Genry de Jouvenel über die auswärtige Politik der Regierung und das Programm, das Frankreich auf der Konferenz in Washington unterliegen wolle. Der Senat dürfe den Ministerpräsidenten nicht abtreiben lassen wie Wilson 1918 Washington verlassen habe, ohne zu wissen, daß das Land hinter ihm stehe. Der Senat müsse der Regierung seine Einwilligung geben und Briand zum wirklichen Vorkaufertführer Frankreichs machen. Die Frage der militärischen Abrüstung sei eng verknüpft mit dem Problem der Abrüstung zur See. Bei dem augenblicklichen Zustand könne man nicht beweisen, denn 60 Millionen rüsteten sich gegen Frankreich.

Ministerpräsident Briand beantwortete die Interpellation sofort und erklärte, verschiedene Fragen hätten die Regierung und das Parlament beunruhigt: erstens die Sicherheit Frankreichs und die Entwaffnung Deutschlands, zweitens die ober-schlesische Frage. Hinsichtlich der ersten Frage wiederholte Briand den Bericht des Generals Koller und erklärte, im Augenblick sei Frankreich außer Kriegsgefahr. Die Frage der bairischen Einwohnerviertel sei durch die Autorität des Reichskanzlers Dr. Brüch geregelt worden. Es frage sich aber, ob er immer so werde handeln können. Deshalb unterstütze Frankreich bei seinen Alliierten die Meinung, daß ein Druck auf Deutschland notwendig sei. Die Frage von Oberschlesien behandelte Briand historisch und lobte die angelegliche Unparteilichkeit des Schiedspruches des Völkerbundes. Deutschland habe ihn angenommen. Die Angelegenheit sei geregelt. Nach Erwähnung des Abkommens mit der Regierung von Angora wies Briand auf die Vorteile des Wiesbadener Ab-

Landestheater.

„Spiel der Schatten.“ (Uraufführung.)

Der Inhalt des Spiels kurz skizziert.

Hoch oben, irgendwo in den Bergen, wohnt Candidus, der Künstler, mit seiner Frau Andrea. Sieben Jahre glücklicher Ehe sind ihnen geschenkt. Da begegnet Candidus der schönen Tängerin Barbara, und sie gewinnt Macht über ihn. Am Abend, wenn Andrea sich in ihr Gemach zurückgezogen, eilt Candidus zu Barbara, von sinnloser Liebe getrieben. Er meint, Andrea sei abnungslos, aber sie weiß alles. Sie leidet entsetzlich, denn trotz ihres Gatten Untreue liebt sie ihn mehr denn je. Aber eines Abends, als Candidus wieder zu Barbara gegangen, und Andreas Seele durch Silbersters, des Freundes, Worte aufgewühlt, da ruft sie ihn — wortlos. Sie sendet ihm durch Nikolas, den alten treuen Diener, einen Ring, Candidus' erstes Geschenk. Sie wartet, wartet — vergebens. Candidus kehrt nicht zurück. Da nimmt sie Gift. Nun ist Candidus frei, und Barbara wird sein Weib. Jubelnd in ihrem jungen Glück durchstreifen sie Italiens schöne Gefilde. Dann kehren sie heim in das Haus in den Bergen. Dort wird Candidus ein anderer. Andreas Schatten tritt zwischen ihn und Barbara. Immer härter wird die Nacht der Toten. In der Nacht schließlich er mit Nikolas in ihr Sterbezimmer. Und in schmerzlicher Sehnsucht ruft er die Tote. Barbara, aus dem Schlafe aufgeschreckt, sucht Candidus und findet ihn in Andreas Gemach. Sie will von allem Besitz ergriffen und schmückt sich mit Andreas Kette u. Ring. Und nun beginnt ein seltsam Spiel der Schatten: Barbara, in kurzen Schlaf gesunken, erwacht — und ist Andrea. Sie spricht mit Andreas Stimme, Andreas Gedanken, Andreas Geheimnisse. Allabendlich das selbe Spiel, ohne daß Barbara es weiß. Bis sie alles durch Nikolas erfährt. Da fühlt sie, die Lebende, sich durch die Tote betrogen, sie wirft den Ring in die Tiefe und verläßt Candidus. Mit dem blinden Geiger zieht sie hinauf in die Berge. Nun, da er allein, erwacht in Candidus seine ganze glühende Liebe zu Barbara wieder. Er eilt ihr nach hinauf in die Berge, über Schnee und Eis. Zu spät. Von einer Lawine werden die Fliehenden in die Tiefe gerissen. Nun hat er sie beide verloren, beide, Andrea und Barbara sind tot. Beide verschmelzen aber in ein Wesen, das ihn hinausführt aus dem Diesseits in die Bezirke, wo ihm Erfüllung seiner Sehnsucht wird.

Sellmuth Unger ist der Verfasser dieses phantastischen Spiels. Er ist ein Dichter. Hellhörig wie Silberster hat er sich hineingetaucht in die Seele seiner Gestalten. Worte des Alltags können nicht erklären, was in des Künstlers Seele wirkt. Sie können Candidus' Geheimnis nicht entschleiern, weshalb seine Liebe zu Andrea erloschen ist. Nicht die geraden, harten, klaren Motive, wie sie das Leben kennt, haben den feineren Künstler zu Barbara geführt. Nur mit bagen Andeutungen kann er sich entziffeln. Andrea ist ihm geworden wie ein Kristall, den er durch und durch schaut. Einzig war sie für ihn unausforschlich, unendlich, unerfaßlich mit dem Geheimnis ihres Wesens, ihrer Natur. Da lockte es ihn, immer und immer um sie zu kreisen, die Rätsel ihrer Seele zu errönden. Bis er eines Tages auf den Grund blickte. Da erlosch der Zauber. Nun lockt ihn Barbara. Wieder will er in Abgründe der Seele eindringen. Aber Barbara ist die andere Seite der Schönheit des Weibes: die sinnliche. Sie liebt das Leben mit seinen Freuden, sie liebt den Tanz, den Wein, die Sonne, den lachenden, fröhlichen Freund. Aber Candidus grübelt neuen Rätseln nach. Nun quält ihn Andreas' Tod. Wie ist sie gestorben? Diese Frage läßt ihn an Barbaras Liebe nicht froh werden. So ist Candidus ein ewig Suchender. Immer jagt er einem neuen Geheimnis, einem neuen Rätsel nach. Immer sucht er, was er einst besessen und wieder verloren. Seine Untreue ist Ausfluß eines ewigen Sehns. Er lebt nicht in einer Welt der realen Dinge. Alles, was greifbar, stößt ihn ab. Nur das Über-sinnliche lockt ihn. So ist sein Leben ein Spiel mit Schatten, die er greifen will, doch ihm entgleiten, so daß er sich verliert in einer Welt der Visionen und Einbildungen, dem wirklichen Leben sich mehr und mehr entfremdet und nur im anderen Leben Erlösung und Ruhe finden kann.

Unger hat gewagt, in seinem Spiel an das Über-sinnliche zu rühren. Das Unausprechliche geheimnisvoller Seelenvorgänge sollen wir — nicht verstehen —, sondern erfüllen. Was mit dem Verstand nicht zu begreifen, durch logisches Nachdenken nicht zu erfassen, das soll uns durch ein williges Einfühlen in nur Geahntes aufgehen. Wir müssen dem Dichter folgen in das Hell-dunkel seiner Phantasien. Wir müssen das Geheimnis der Wirklichkeit vergessen. Wir sind in Dichters Land, wo Schatten schweben und spielen, wo Leben und Träume ineinander übergehen, wo alles gleitet, verschwimmt, gerückt. Es ist eine Welt fremdartiger Töne und Klänge. Die Menschen sind mit verfeinerten Sinnen begabt, sind hellhörig. Sie hören mit ihrer Seele und vernehmen die Seh-

nüchte und Schmerzen des Freundes, der Freundin, mit innerem Ohr. Sie senden sich Votschaft aus weiten Fernen, sie rufen sich, wenn sie in Seelennot. Es ist die lautlose Sprache der Seele, die in des Dichters Spiel und Worten schwingt. Alles ist fein und zerbrechlich, ein duftiges Gewebe aus phantastischen Träumen, Vision des Jen-seitigen — Imagination: Spiel der Schatten.

In diese Welt des Über-sinnlichen sich einzufühlen mit Ton und Farbe, Stimme, Gestalt, Licht und jenem Bild, was die Aufgabe des Spielers ist. Keine leichte Aufgabe, zumal uns für das Kammer-spiel nicht der geeignete Raum zur Verfügung steht, der durch seine Intimität vom vornherein die gewöhnliche Waise bildet. Und doch hat Herr v. a. u. b. a. d. v. o. r. t. e. f. f. i. c. h. t. durch Herrn v. a. u. b. a. d. v. o. r. t. e. f. f. i. c. h. t. den Schöpfer der Bühnenbilder, durch Fräulein Schellenberg, die reizvolle Gewänder erformen, durch Herrn v. a. u. b. a. d. v. o. r. t. e. f. f. i. c. h. t. der alle Möglichkeiten der Beleuchtung erschlossen, das Problem glänzend gelöst. Wer sich nicht innerlich sträubte, wer dem Dichter und den Künstlern willig folgte, der wurde mit dem Aufgehen des Vorhangs in eine fremde Welt entückt. Weiße und doch leuchtende Farben, stimmungsgeläufig, hohe, phantastisch gebildete Räume, expressiv, sanftes, mildes Licht, Fernblicke auf Gletscher und Berggipfel erschlossen sich dem Auge und schlugen die Brücke ins Reich des Über-sinnlichen. Über dem ganzen Spiel schwebten dunkelblaue Schatten eines weichen Dämmerlichtes, in dem alles Edle, Kantige, Scharfe, Harte schwindet. Mit feinerem Geschmack waren alle Schattierungen bis auf diejenige Nuance ausprobiert und abgestimmt. Der äußere Rahmen war damit ausgezeichnet getroffen. Das Spiel selbst lag in wenigen Händen. Die Hauptaufgabe war Frau v. a. u. b. a. d. v. o. r. t. e. f. f. i. c. h. t. zugefallen. Sie spielte die beiden Frauen Andrea und Barbara, beide Wesen in ihrem innersten Kern erfassen. Die Seele Andreas, ihre Liebe, ihre Treue, ihr Schmerz schwingen und klangen in der Stimme, so wie Barbaras Lebensfreude und klangen in dem Bewegungen ihres Tanzes, in dem Strahlen ihrer Augen Ausdruck fand. Das scharf getrennte Charakterisieren der beiden Frauengestalten und das harmonische Aneinanderstehen derselben zu einem einzigen Wesen — dieses schwierige Problem der Darstellungs-kunst löste Frau v. a. u. b. a. d. v. o. r. t. e. f. f. i. c. h. t. mit bewundernswürdiger Sicherheit. Herr v. a. u. b. a. d. v. o. r. t. e. f. f. i. c. h. t. brachte in einer gut getroffenen Rolle das Gequälte, Gemartete, des ruhelos suchenden Candidus überzeugend zum Ausdruck. Durch Erfüllung hatte er sein Organ nicht so ganz in der Gewalt, als

Zumens hin, alle Welt sei davon überzeugt, daß eine internationale gegenseitige Hilfe notwendig sei. Wenn Deutschland eine leere Staatskasse zeige, dann werde man ihm antworten, daß nicht allein der deutsche Staat, sondern daß Deutschland mit seinen mobilen und immobilen Reichstümern zahlen müsse. Auch die Volksparteiler müßten zahlen; denn alle Deutschen seien mit ihrer Regierung solidarisch. Schließlich betonte Briand, er allein habe das Ruhrgebiet nicht besetzen können. Solange Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen werde, werde man nicht handeln. Frankreich sei mehr als jeder andere dem Frieden ergeben. Der Senat sprach Briand mit 609 gegen 9 Stimmen das Vertrauen aus.

Für die Ablösung der farbigen Truppen.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Die ernsthaften und verantwortungsbewußten Politiker der Welt sind sich heute wohl alle darüber einig, daß der Verwertung der farbigen Truppen im besetzten Gebiet die ernstesten Bedenken entgegenstehen. Auch Frankreich selbst muß sich darüber klar sein, daß es durch nichts die Rheinlande so sehr verlegt und abtötet, wie durch die Okkupation dieser alten Kulturländer durch unwillkürliche Stämme. Wenn trotzdem die elementare Forderung europäischer Kultur vom Besatzungsmandat bisher nicht erfüllt wurde, so hängt das zweifellos damit zusammen, daß Frankreichs Bürger nicht auf fünfzehn Jahre die großen am Rhein stehenden Kadres selbst füllen wollten. Man könnte nun allerdings mit Recht die Frage aufwerfen, ob es denn überhaupt notwendig sei, die Besatzung in der bisherigen Stärke gegenüber einem entwaffneten Deutschland aufrechtzuerhalten, ob wirklich der Gewinn, der für die Alliierten aus der Garnisonierung von Westfalen am Rhein erwächst, die ungeheuren Schädigungen noch aufwiegt, die der europäischen Kultur erwachsen. Doch zeigt die englische Zeitung „The Sunday Times“ einen Weg zur Ablösung der Farbigen ohne Schwächung der alliierten Okkupationsmacht, der sehr viel für sich hat, und der wert ist, in der Welt beachtet zu werden.

„The Sunday Times“ bespricht zunächst noch einmal in aller Eindringlichkeit die Folgen der farbigen Besatzung. Da immer noch gelegentlich verfußt wird, die Existenz der „Schwarzen Schmach“ zu leugnen, werden die Mitteilungen des englischen Berichterstatters, des Parlamentsmitgliedes Captain E. A. Bagley, der sich längere Zeit im besetzten Gebiet aufgehalten hat, die ernste Beachtung finden. Bagley schildert Kreuznach, das im übrigen typisch für die Zustände in der ganzen französischen Okkupationszone sei. Er spricht von der einseitig glücklichen rheinischen Stadt, die durch die Besatzung oder vielmehr, um genau zu sein, durch die Verwendung farbiger Truppen ruiniert sei. Nur wenige Besucher kämen mehr in das Bad, die Bettenzahl sei von 6000 auf 2000 zurückgegangen. Die „Schokoladen-Soldaten“ benähmen sich als Sieger und erweckten so den Haß der einheimischen Bevölkerung. In den Bordellen könnten die Farbigen ihre Bedürfnisse nach weißen Frauen ungehemmt befriedigen. In den Hospitälern fände man nicht selten Mißhandlung, pathetische, keine Augen der Schmach am Rhein. So müßten Nachgefühle gegen die Besatzung entstehen. Man möge Deutschland erniedrigen, wo man wolle, aber die farbige Besatzung gehe an die Seele Deutschlands und lasse den Wunsch erwachen, das Unrecht mit noch größerem Unrecht zu bestrafen.

Auf Captain Bagley hat das Unhaltbare dieser Zustände einen so tiefen Eindruck gemacht, daß er sich nicht auf das theoretische Bedauern beschränkt, das man in der letzten Zeit nicht selten bei der Besprechung deutscher Dinge in der englischen Presse findet, daß er vielmehr einen praktischen und einleuchtenden Vorschlag macht. Wir sind Verbündete Frankreichs, und Mitglieder eines Reiches, dessen farbige Unterthanen die weißen um ein Vielfaches übertreffen. Um Frankreichs Willen, um unsern Willen sollten unsere Staatsmänner darauf drängen, die farbigen Truppen zurückzuführen. Wenn Frankreich nicht genug weiße Truppen hat, um sie an ihre Stellen zu setzen, dann sollte es sich freiwillige kommen lassen aus den Reihen der arbeitslosen Kriegsteilnehmer unseres Landes. Sie würden zehnfach ausreichen, um die farbigen Truppen zu ersetzen.

Es ist zu hoffen, daß der Vorschlag zur Tat wird. Auf diesem Wege könnte das englische Arbeitslosenproblem zu einem guten Teile gelöst, gleichzeitig das Rheinland erlöst und die europäische Kultur vor einer schweren Bedrohung befreit werden. Frankreich kann unmöglich gegen die Idee etwas einzuwenden haben, da es sich ja, wie Bagley besonders betont, um Freiwillige in französischer Uniform, also unter französischem Kommando, handeln würde. Es ist doch ohne weiteres anzunehmen,

wünschenswert gewesen wäre, zwar nicht dynamisch aber langsam zu tief gestimmt und rein technisch im Sprechen unnütze Härte der Konsonanten. Eine ausgezeichnete Leistung war Baumhachs Silbester in seiner vornehmen, vorsichtig tastenden Teilnahme. Auch Herr Ungers Franziskus war ganz auf inneres Erleben gestellt, in Sprache und Gesten aus tiefem Seelenerlebnis geschöpft. Der alte Diener Nikolaus des Herrn v. d. Trenz-Ulrich strömte inmitten all der Unrast eine wohlthuende Milde und Abgelassenheit aus.

Das Schwachsichtige Haus war bald im Mann des stimmungsvollen Epieles und enthielt sich aus richtigem Empfinden heraus zunächst des Weisfalls. Erst am Schluß wurden Darseller, Dichter und Regisseur lebhaft gerufen. Der Kammerprospekt ist mit einem betäubungslosen Aufstuf begonnen worden. Es ist der beste Weg, ein kunstreiches Publikum mit literarischen Feinheiten bekannt zu machen.

Der Troubadour.

In der letzten Wiederholung des „Troubadour“, die im Rahmen der „Kollidation“ vor sich ging, gab es zwei bemerkenswerte Reibungen: die der Teilpartie durch Herrn Bilke und die der Leonore durch Fr. Paulh. Herr Bilke gibt die Rolle in ausgeprägt männlicher Auffassung, mit einer gewissen Herbitz, die vielleicht den Intentionen des italienischen Komponisten zuwiderläuft, dem deutschen Empfinden aber eher zusagt als die gegenläufige, in sentimentales Schwächen verfallende Art. Es wäre vielleicht gar kein übler Gedanke, diese Partie des öfteren vom Helidentor singen zu lassen, wenn dieser über das nötige Stillegefühl und die entsprechende darsstellerische Intelligenz verfügt, wie sie im vorliegenden Falle erfreulicherweise festzustellen waren. Man überträgt ja auch den Walter Stolz bald dem Iyrchen, bald dem Helidentor. Fr. Paulh sang die Leonore mit wohlklingender Stimme, der nur wenig von der üblichen Affirmationsstrahlkraft neu nach Karlsruhe kommenden Sänger anzumerken war, zudem mit respektablem Technik und warmer Besetzung des Vortrags. Besonders Lob verdient die deutliche Aussprache. Auch Erscheinung und Spiel der Künstlerin waren annützig und natürlich. Alles in Allem also eine für den Anfang recht sympathische Leistung, die von fleißigem Studium zeugte. Die Vertreter der übrigen Partien sind bekannt.

E. A. J.

nehmen, daß auch Frankreich Soldaten weißer Rasse, wenn es sie nicht selbst stellen muß, den Farbigen vorziehen würde. Alle diejenigen, die die Notwendigkeit einer Änderung der Zustände begriffen haben — und wer könnte sich gegen diese Erkenntnis sträuben? — müßten nunmehr Hand in Hand arbeiten, um den rettenden Gedanken zum Siege zu führen.

Die Reichseisenbahnen.

Der Sachverständigenbeirat des Reichsverkehrsministeriums verhandelte gestern unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten über die Frage, ob die Überführung der Reichseisenbahnen in Privatbesitz eine Gesundung der finanziellen Lage der Reichseisenbahnen herbeizuführen geeignet wäre. In München ist auch in der gestrigen Sitzung des Sachverständigenbeirats von keiner Seite die Überführung der Reichseisenbahnen in Privatbesitz in irgendeiner Form empfohlen worden. Die ganz überwiegende Mehrheit war auch der Auffassung, daß eine Übertragung der Verwaltung an eine privatrechtliche Gesellschaft selbst unter Wahrung des Eigentumsrechtes des Reiches nicht zweckmäßig sei. Dagegen wurde eine vielseitige Durchdringung des Staatsbetriebes und mögliche Anwendung privatrechtlicher Grundsätze innerhalb des Staatsbetriebes empfohlen. Der Beirat billigte die Absicht des Ministers, bei Gelegenheit der Einbringung des Eisenbahnfinanzgesetzes eine Reihe von Anwendungsmöglichkeiten privatrechtlicher Grundsätze durchzuführen. Dieses Eisenbahnfinanzgesetz soll nach den Absichten des Ministers noch in dieser Tagung des Reichstags zur Verabschiedung gelangen.

Das Mietsteuergesetz.

* In der gestrigen Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde das Wohnsteuergesetz einstimmig angenommen. Ferner fanden die Leitfäden des Wohnungsausschusses für die Behebung der Wohnungsnot mit überwiegender Mehrheit Annahme, monach das Wohnungswesen selbst die Mittel zum Neubau aufbringen soll. Das Mietsteuergesetz in seiner bisherigen Form wurde abgelehnt, u. verlangt daß die Steuererträge so hoch bemessen werden, daß sie die Baubehilfen decken und nicht nur die Zinsen der Anleihen, wie das Mietsteuergesetz vorseht. Am Montag vormittag beginnt die Spezialberatung der Steuererträge, während die Generalausprache über die Steuerpolitik erst in der nächsten Woche erfolgen soll.

Zum Prozeß Jagow.

Entgegen einer Meldung der „München-Augsburger Abendzeitung“, wonach Kapitän Ehrhardt, Oberst Bauer, Major Babst und Schützer bereits vor einem halben Jahre der Reichsregierung ihre Selbstgestellung angeboten hätten, gibt der Oberreichsanwalt, eine Mittermeldung aus Leipzig zufolge, eine Erklärung ab, in der es heißt, erst in allerletzter Zeit haben Ehrhardt, Bauer, Babst und Schützer, das Ersuchen um freies Geleit gestellt. Für den Oberreichsanwalt ergab sich dadurch die Möglichkeit, langwierige doppelte Verhandlungen zu vermeiden. Er hat dem Ersuchen stattgegeben bisher allerdings noch keinen Bescheid zurückgemeldet, ob die vier nun tatsächlich sich dem Reichsgericht stellen werden. Es hat noch kein neuer Termin festgesetzt werden können. Sollten die vier sich bald bereit erklären, vor dem Reichsgericht zu erscheinen, so wird die Verhandlung gegen Jagow, Wangenheim und Schiele besonders vorgezogen werden.

Kurze polit. Nachrichten.

* Das Reichswehrministerium. Die „Freiheit“ vom Donnerstag abend bringt die Nachricht, daß General von Seekt am Mittwoch mit mehreren Offizieren beim Reichspräsidenten vorgeprochen und diesem die ultimative Forderung überbracht habe, Minister Geßler im Amte zu belassen, widrigenfalls die Reichswehr nicht mehr mitmache. Wie das W. B. von zuständiger Stelle hört, ist dieser Vorgang völlig aus der Luft gegriffen. Ein Besuch des Generals von Seekt beim Reichspräsidenten hat überhaupt nicht stattgefunden. Selbstverständlich hat weder General von Seekt, noch irgend ein anderer Offizier bei irgend einer Stelle, irgendwelche Schritte für eine Belassung des Wehrministers getan.

* Vertrauensvotum für Briand. In der französischen Kammer ergab die Tagesordnung Manant, die der Regierung das Vertrauen für die Innen- und Außenpolitik ausdrückt für den ersten Teil der Tagesordnung die große Mehrheit von 391 gegen 150 Stimmen. Der zweite Teil der Tagesordnung wurde mit erdrückender Mehrheit ebenfalls angenommen.

Badische Uebersicht.

Einkommensteuerliste und Religionsbekenntnis.

In diesen Tagen wird durch die Hauseigentümer an die Mieter die Liste zur Einkommensteuererklärung ausgegeben. In dem Fragebogen befindet sich auch eine Rubrik „Religionsbekenntnis“, an deren Aufnahme in den Fragebogen von einem Teil der Presse Kritik geübt wird. Es sei, so wird geltend gemacht, nach der Reichsverfassung das Religionsbekenntnis Privatfache und die Steuerbehörde habe kein Recht, im Interesse einer Religionsgemeinschaft Fragen zu stellen. Die Kritik wird mit der Aufforderung geschlossen, die Rubrik einfach zu ignorieren und nicht auszufüllen.

Diese Auffassung geht, wie uns von zuständiger Stelle geschrieben wird, von gänzlich falschen Voraussetzungen aus. Art. 136 des Art. 136 der Reichsverfassung besagt wohl, daß niemand verpflichtet ist, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren, aber auch, daß die Behörden soweit das Recht haben, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen. Solche Rechte und Pflichten enthält Art. 6 in Art. 137 der Reichsverfassung, der lautet: „Die Religionsgemeinschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, sind berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben.“

Dazu trifft die Reichsfinanzordnung die Bestimmung (§ 19, 2), daß der Reichsminister der Finanzen auf Antrag der zuständigen Stellen, den Landesfinanzämtern, und den Finanzämtern die Verwaltung öffentlich rechtlicher Abgaben, insbesondere der Kirchensteuern übertragen kann. In Baden soll die Verwaltung der Kirchensteuern durch die Reichsfinanzbehörden erfolgen.

Für den Fall der Verweigerung der erforderlichen Angaben sieht der § 202 der Reichsfinanzordnung Zwangsmaßnahmen vor. Nach den Ausführungsbestimmungen zur Reichsfinanzordnung (§ 18, 3) kann in solchen Ländern, in denen den

Reichsfinanzbehörden die Verwaltung von Kirchensteuern übertragen worden ist, im Hinblick auf den erwähnten Art. 3 des Art. 136 der Reichsverfassung die Angabe über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft unter Androhung von Zwangsmaßnahmen verlangt werden.

Zur Ortsklasseneinteilung.

Man schreibt uns: Die Berechnungen der interessierten Organismen im statistischen Reichsamt über die wirtschaftlichen Verhältnisse der fast 75 000 Orte des deutschen Reiches haben ihre Erde genommen. Da die Ortsklasseneinteilung nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Angestellten und Arbeiter in Handel und Industrie und noch über diese hinaus von Bedeutung ist, haben die Spitzengewerkschaften beim Reichsfinanzministerium Schritte zur Sicherstellung von Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Reichsregierung vor Annahme des Gesetzes unternommen.

Vom Reichsfinanzministerium und dem statistischen Reichsamt ist daraufhin zugesagt worden, daß Ende Oktober den Gewerkschaften Richtlinien über die Einteilung der Länder und Bezirke sowie der Wirtschaftskreise zugehen werden. Anfangs November wird dann an Hand des bis dahin fertiggestellten Entwurfes des Reichsfinanzministeriums zum Ortsklassenverzeichnis mit den Spitzengewerkschaften verhandelt werden. Wird in diesen Verhandlungen eine Verständigung erzielt, dann steht zu erwarten, daß der Reichstag sehr schnell mit dem Gesetz fertig wird.

Anderes jedoch, wenn in den erwähnten Verhandlungen eine Verständigung nicht zustande käme. Daß in diesem Falle der Reichstag das ganze Gesetz en bloc annehmen könnte, erscheint ausgeschlossen. Aberdies würde dann die Erledigung des Ortsklassenverzeichnisses auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden.

Reichsversorgungsgesetz und Hinterbliebene.

Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 brachte den deutschen Opfern des Weltkrieges, Verwundeten und Zivilverwundeten zwar nicht die Erfüllung aller Forderungen, jedenfalls aber eine ganz bedeutende Erhöhung ihrer vorher meist unzureichenden Bezüge. Das Gesetz, das mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getreten ist, konnte aus verschiedenen Gründen erst heute richtig in Vollzug gesetzt werden. Schon lange vorher wurde jedoch alles daran gesetzt, um den Hinterbliebenen, die am schwersten unter der Not der Zeit litten, die Vorteile des neuen Gesetzes möglichst bald zuzuwenden. Schon am 1. Mai 1920 wurde zu ihren alten Gehältern ein laufender Teuerungszuschlag (40 v. H.), vom 1. August 1920 an eine weitere, nach Ortsklassen abgestufte, laufende Teuerungszulage (bis zu 70 v. H.) gewährt. Bedürftige Hinterbliebene konnten auch durch die fürorgestellten Vorstände auf die ihnen nach dem Reichsversorgungsgesetz zustehenden, erhöhten Bezüge erhalten.

Eine durchgreifende Maßnahme stellte der Erlass des Reichsarbeitsministers vom 28. Oktober 1920 dar, der hauptsächlich für Witwen und Waisen eine beschleunigte vorläufige Anerkennung ermöglichte. Da die endgültige Anerkennung (b. i. die Überleitung der alten Bezüge in Gehälternisse des Reichsversorgungsgesetzes) meist längere Bearbeitungen erforderte, wurden einstweilen in einem vereinfachten und abgekürzten Verfahren, in dem fürorgestellten und Versorgungsbehörden zusammenwirkten, die nötigsten Feststellungen getroffen und die Fälle nach ihrer Dringlichkeit geordnet. Dann setzte das Hauptversorgungsamt die neuen Bezüge umgehend fest und wies sie zur ungekündeten Zahlung an. In Zweifelsfällen wurden wenigstens die Beträge gewährt, die den Berechtigten unter allen Umständen zustanden.

Nun ist das Geschäft der vorläufigen Anerkennung und der Hinterbliebenen im großen und ganzen beendet. Daneben hat bereits die endgültige Anerkennung der Hinterbliebenen eingesetzt mit dem Erfolge, daß heute insgesamt weit über 800 000 Hinterbliebene, sei es vorläufig, sei es endgültig und anerkannt sind und sich der Bezüge des neuen Gesetzes erfreuen können.

Den Hinterbliebenen solcher Militärpersonen, deren Dienstleistung vor dem 1. April 1920 beendet worden ist, also insbesondere den Opfern der früheren Kriege, bringt das Altrentnergesetz vom 18. Juli 1921 die Vorteile des Reichsversorgungsgesetzes. Durch einen Erlass des Reichsarbeitsministers vom 25. August 1921 ist für Vorzüge getroffen, daß diese Hinterbliebenen, die oft wirklich zu den Armen zählen, vom 1. Oktober 1920 an vorstufweise die ihnen nach dem neuen Gesetze gebührenden Bezüge erhalten können.

Aus der Landeshauptstadt.

Reichszentraler Dr. Wirth in Karlsruhe.

Reichszentraler Dr. Wirth hat sich, wie die „Deutsche Allgem. Zeitung“ mitteilt, gestern abend zu kurzem Aufenthalt nach Baden begeben und wird heute abend in Karlsruhe eine Rede über die politische Lage halten. Der „Badische Beobachter“ widmet dem Reichszentraler einen Begrüßungsartikel, in dem es u. a. heißt:

„Dr. Wirth ist in Karlsruhe kein seltener, aber ein immer gern gesehener Gast. Wenn wir ihn dieses Mal eigens begrüßen, so hat das seine besonderen Gründe.“

Die „deutschnationale“ „Kreuzzeitung“ hat, als Dr. Wirth vom Reichspräsidenten wieder mit der Neubildung des Reichskabinetts beauftragt wurde, die Stirne gehakt, zu schreiben: „Wir wissen, daß beide jegliche politische Situation danach beurteilen, wie sie am besten parteipolitisch umgewertet werden kann, oder in diesem Falle vielleicht, wie das Parteinteresse am wenigsten Schaden nimmt.“ Man darf sich nicht wundern, wenn führende deutschnationale Blätter auch jetzt fortfahren, den Reichszentraler Dr. Wirth zu verleunden und zu verdächtigen, wie sie es mit allen führenden Politikern tun, die nicht in ihr Oppositionshorn blasen. Sind doch in ihren Reihen jene vornehmen Herren zu finden, die bei der Ermordung Erzberger durch rechtsradikale Elemente eine Fülle leeren, weil „das Schwein“ tot sei. Bei solchen Leuten darf man weder Objektivität noch weniger vornehme Gesinnung suchen.

Wir dagegen in der Süddeutsche des Deutschen Reiches wollen keinen Zweifel daran lassen, daß wir Reichszentraler Dr. Wirth von Herzen dankbar sind für das vaterländische Opfer, das er durch Übernahme des Reichszentralerpostens gebracht hat. Ganz im Gegensatz zu der Kreuzzeitung sagen wir aus tiefster Überzeugung: Ein Glück für uns, daß das deutsche Volk noch den einen Mann gehabt hat, der unter Zurückstellung aller parteipolitischen Rücksichten den schwierigsten und beratungsvollsten Posten im Deutschen Reich übernommen hat. Übernommen hat unter den schwierigsten Umständen und trotzdem er wußte, daß er sich damit nur neuen Schwächen jener vornehmen Politiker aussetze, die mit Vorliebe von den ihnen mißliebigen Menschen per „Schwein“ reden. Wäre es Dr. Wirth um die Parteipolitik zu tun gewesen,

man hätte er nie den Posten übernehmen dürfen und ihn besonders diesmal ablehnen müssen. Mit dem Belagerungszustand kann bekanntlich jeder Einzelne regieren. Dieser Satz verleiht sich heute zu dem ebenso evidenten: Oppositionspolitik kann jeder Einzelne machen. Und die Leute um die „Kreuzzeitung“ nach von diesem Recht zurzeit einen ausgiebigeren Gebrauch, als für ihren Ruf als „deutschnationale“ Partei gut ist. Parteipolitisch mögen sie dabei allerdings nicht schlecht abschneiden, wenn sich auch ein sehr gemischtes Publikum bei ihnen zusammenfindet. Amso bemerkenswerter ist es allerdings, daß sie andern parteipolitische Motive unterzeichnen. Reichskanzler Dr. Brüning ist selbstlos in die Watsche gesprungen, um dem Vaterland noch schlimmere Dinge zu ersparen, als sie an sich schon als Folge einer verfehlten Kriegspolitik über uns hereinkommen. Wir wissen das und sind ihm dankbar dafür. Je mehr ihn andere schmälern, desto entschlossener werden wir uns zu ihm stellen. Er soll nicht sagen können, seine badiische Heimat, von der aus er in die Aufgaben des Leiters der Reichspolitik hineingewachsen ist, habe ihn jemals dieses Entschlusses, sondern die tiefe Überzeugung, daß heute das Reich einen Mann wie Dr. Brüning notwendig hat, und daß er gerade die Eigenschaften, die ihn zur Übernahme der schweren Verantwortlichkeiten seines Amtes besonders befähigen, seiner süddeutschen Heimat verdankt.

So heißen wir denn den Reichskanzler Dr. Brüning heute herzlich willkommen in der Hauptstadt des badiischen Landes.

DZ. Reichspostminister Gieseler hatte am Dienstag Vormittag im Beisein des badiischen Finanzministers und des Präsidenten der Oberpostdirektion Karlsruhe, eine Aussprache mit den Organisationsvertretern der Postbeamtenchaft, die zwei Stunden währte, und in der diese Gelegenheit nahmen, ihre Wünsche auf dem Gebiete der Besoldungsordnung, der Einteilung, der Ortsklasseneinteilung usw. vorzutragen. Verschiedene Beschwerden, beispielsweise auch diejenigen über die Ergänzungs- und Sonderzulagen, konnten durch die Gefälligkeiten des Ministers ohne weiteres beseitigt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Die Wiederkehr der Hartmünzen. Bekanntlich dürfte bald wieder die deutsche Mark, wenn auch nicht in dem Metallgehalt der Vorkriegszeit, im Verkehr umlaufen. Die Prägungen werden im nächsten Monat beginnen. Neben dem Einmarkstück sollen auch Zwei- und Dreimarkstücke in Prägung kommen, doch fehlen darüber derzeit noch nähere Angaben.

DZ. Der Heidelberger Mehlstieberprozess hat einen solchen Anfang angenommen, daß kaum anzunehmen ist, daß eine Verhandlung der Schuldigen dieses Jahr noch vor dem Wurgericht stattfinden kann.

DZ. Die „Badische Landeszeitung“ schreibt: „In eigener Sache.“ Von einem Oberländer Blatt wird die angeblich aus „zuländiger Quelle in Karlsruhe“ stammende Mitteilung verbreitet, daß die Mehrheit der Geschäftsanteile der „Badischen Landeszeitung“ an eine schwerindustrielle Gruppe veräußert worden sei, die die Absicht habe, die Zeitung allmählich der Deutschnationalen Partei zuzuführen.

Wir erklären hiermit die Meldung in ihrem ganzen Umfang einen regelrechten Schwindel. Es hat überhaupt kein Verkauf von Geschäftsanteilen stattgefunden. Die Verbreiter jener aus den Fingern gezogenen Lügennachricht machen wir auf die Folgen aufmerksam, die ihnen in zivil. und strafrechtlicher Hinsicht erwachsen können.

DZ. Freiburg i. Br., 27. Okt. Am Mittwoch fand hier eine Protestversammlung des Gastwirtsverbandes von Oberbaden statt, wozu die Vertreter der Wirtschaftsorganisationen des ganzen badiischen Oberlandes erschienen waren. Kaffeekränzchen Schanz-Freiburg leitete die Versammlung, die dem Zweck galt, gegen die neuesten Belastungen des Gastwirtsverbandes durch neue Steuerlasten und Bierpreiserhöhung zu protestieren. Es wurde eine Entschließung angenommen, worin erklärt wurde, daß das gesamte oberbadische Gastwirtsgebiet keineswegs verkenne, daß alle Steuerquellen bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zur Erfüllung der vom Reich übernommenen Verpflichtungen in Anspruch genommen werden

den mühten. Das Gastwirtsgebiet sei aber heute schon bis zum äußersten steuerlich belastet, eine Besteuerung des Umsatzes in Hotels und Gastwirtschaften mit 10 oder gar 20 Prozent würde für zahllose reelle Betriebe den Ruin bedeuten, um so mehr, als bei der furchtbaren Konjunktur im Wirtschaftsgewerbe eine Abwälzung dieser Steuer auf den Gast unmöglich sei. Die Versammlungsteilnehmer geben ihrer Zustimmung Ausdruck, daß der Reichstag vom Reichswirtschaftsrat beauftragten Ausschuss, die Gastwirtsbetriebe keine Genehmigung verweigert. Verbandsleiter Dr. Heffig referierte sodann auch über die geplante Bierpreiserhöhung, zu welchem Punkt eine Entschließung ebenfalls einstimmig angenommen wurde, worin das Verhalten des Verbandsvorstandes dem badiischen Brauereigewerbe gegenüber gebilligt wurde. Die Einstellung eines Einheitsbieres mit einem Stammwürzegehalt von 10 bis 11 Prozent sei erforderlich. Der Preis dieses Bieres müsse so gehalten sein, daß eine Preiserhöhung vermieden werden könne.

DZ. Freiburg i. Br., 28. Okt. Die Selbsttötung des badiischen Landesverbandes des deutschen Rentnerbundes ist durch den Vorsitzenden Dr. Wegener-Freiburg, auf den 5. und 6. November in Konstanz anberaumt worden. Die soziale Bedeutung des Rentnerbundes, der einzigen Rentnervertretung Deutschlands, die bereits über 100 000 Mitglieder zählt, hat besonders dadurch gewonnen, daß die staatl. Hilfsaktionen zu Gunsten der Rentner stets die Mitwirkung der Rentnerorganisation vorsehen, auch die kommende Reichshilfe, die übrigens botenmäßig auf den Vorschlägen des badiischen Landesverbandes vorliegenden aufgebaut wird, dürfte diesen Grundsatze beibehalten.

DZ. Waldkirch, 26. Okt. Im 84. Lebensjahr starb heute früh Geh. Medizinalrat Dr. h. c. Gustav Ketter, Erb-bürger der Stadt Waldkirch. Er wirkte als Arznenrat seit dem Jahre 1877, als Spitalarzt seit dem Jahre 1883, als Kreisarzt der freiwilligen Feuerwehr seit deren Gründung und als Leiter der hiesigen Sanitätskolonne ebenfalls viele Jahre. Als Arzt und Mensch war er eine gleich angesehene, geachtete Persönlichkeit. Im Juni 1912 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt ernannt.

Badische Gemeindegeschau.

DZ. Mannheim, 27. Okt. In der Lebensmittelkonferenz gab gestern Bürgermeister Woll eine Übersicht über die Versorgung der Stadt. Die Mannheimer Indexziffer ist von 100 im Juni 1914 auf 154,2 gestiegen. Die Ursache dieser ungeheuren Steigerung ist in der Verschlechterung der Baluta, in den Anstiegen des Publikums und der Überschwemmung der Grenzgebiete mit ausländischen Aufkäufern zu erblicken. Die Getreideablieferung in Baden ist sehr befriedigend. Es sind bereits statt 628 000 Tonnen 925 000 Tonnen abgeliefert. Der Amtsbezirk Mannheim hat bereits 89 Prozent der zu leistenden Sollmenge abgeliefert.

DZ. Märfch bei Karlsruhe, 26. Okt. Der Bürgerausschuß hat hier den Gemeindevoranschlag zum zweiten Mal abgelehnt. Dem Bürgermeister wurde hauptsächlich wegen „seiner besonderen Inanspruchnahme der Freien Turnerschaft“ ein Misstrauensvotum ausgesprochen.

DZ. Stupersich bei Karlsruhe, 27. Okt. Das neue Schulhaus, das hier am vergangenen Sonntag unter Beteiligung der gesamten Gemeinde und in Anwesenheit der staatsbehördlichen Vertreter feierlich eingeweiht wurde, wurde unter einem Kostenaufwand von nahezu 1 Million M. erbaut.

DZ. Offenburg, 27. Okt. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses sollen gegen Leistung eines Arbeitgeberbeitrages 4 Dreizimmerwohnungen für Gendarmeriedanten zur Verfügung gestellt werden. — Zu der Frau Siebelsbauern für Postbeamte erklärt der Stadtrat, nicht in der Lage zu sein, dem Ansuchen des Postamtes zu entsprechen. Das Postamt wünschte, daß ihm das Verfügungsrecht über einen Teil der infolge des Bezuges der Postbeamtenhäuser im Galgenfeld freierwerbenden Wohnungen innerhalb der Stadt eingeräumt werde. — Eine Erhöhung des Brotpreises wird hier eintreten. Die Erhöhung wird rund 10 Pfennig pro Dreipfundlaib und

5 Pfennig für ein Pfund Mehl betragen. — Als einen Beitrag zum Reichsverband für Waisenfürsorge genehmigte der Stadtrat die Überlassung von Stadtnotgeldscheinen im Nennwert von 100 M. unentgeltlich an den Reichsverband. — Am den Besuch des Kreisfarrenmarktes zu fördern, werden als Beleggeber 600 M. aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt. Für Prämien hat der Kreis 1000 M. bewilligt. — Der Stadtrat gibt seine Zustimmung zur Veranstaltung von zwei Vorstellungen des Karlsruher Landesbühnen in Offenburg.

DZ. Freiburg i. Br., 26. Okt. Die sogenannte Quäterspeisung kann hier für 704 Schulkinder und 80 werdende und stillende Mütter, vorerst während des Winters wieder durchgeführt werden. Die Speisung nimmt am 27. Oktober ihren Anfang. Für die Schüler findet sie wieder in den Schulen statt.

Literarische Neuerscheinungen.

„Er und die Drei.“ Unter diesem geheimnisvollen Titel hat der bekannte Romanschreiber Ferdinand Kunkel im Verlag von Josef Singer, Leipzig, einen neuen Detektivroman erscheinen lassen, der unsere Leser besonders interessieren dürfte, da seiner Fabel der Fall des Rechtsanwalts Gau zugrundeliegt, der seinerzeit weit über die Grenzen Badens hinaus die Öffentlichkeit in Aufregung versetzte. Die Namen der Personen sind freilich verändert, die Träger der Handlung zum Teil erfunden, der Ort der Tat ist ebenfalls verlegt. Aber die Probenstellung ruht doch auf jener in ihren Einzelheiten auch heute noch nicht völlig aufgeklärten Schreckenstat, als deren Urheber auf Grund erdrückender Beweismaterialien der Rechtsanwalt Gau erkannt und verurteilt wurde. Auch hier ist es ein amerikanischer Rechtsanwalt, der des Mordes an seiner Schwiegermutter beschuldigt wird und zwar auf Grund gleicher Verdachtsmomente wie bei Gau. Über Kunkel stellt das Problem seiner Detektivgeschichte so, daß der zunächst Beschuldigte in Wahrheit unschuldig ist und nur durch eine unglückliche, zum Teil von dem wirklichen Täter mit raffinierter Überlegung herbeigeführte Verleitung von Ereignissen und Umständen in den Schuldverdacht geriet. Wie der Verfasser seinen Detektiv Kippe die Wahrheit ahnen, die Fäden entwirren und schließlich den Schuldigen überführen läßt, das ist ebenso interessant und spannend geschildert, wie die Beziehungen, die den Helden mit den beiden Schwestern verknüpfen, zu denen ihn Liebe und Leidenschaft ziehen. Wenn auch, wie schon gesagt, der Roman in seinen Einzelheiten ein freies Produkt der dichterischen Phantasie ist, so fesselt er doch durch die folgerichtige Darstellung, die psychologische Glaubwürdigkeit der Zeichnung der verschiedenen Charaktere, vor allem aber durch die geschickte Schärzung und Lösung des Knotens der Handlung, die den Leser bis zum Schluß in höchster Spannung hält.

* Bekanntlich ist Gau vor einiger Zeit für das Jahr 1925 die Begnadigung auf Böhlerhalten in Aussicht gestellt worden.

Staatsanzeiger.

Die Apotheke in Gondelsheim betr.
Dem Apotheker Wilhelm Brenzinger von Karlsruhe wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Gondelsheim verliehen.
Karlsruhe, den 26. Oktober 1921.
Ministerium des Innern.
Remmelé. Zeller.

Die Apotheke in Denzlingen betr.
Dem Apotheker Otto Pfelmann von Baden-Baden wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer selbständigen Apotheke in Denzlingen verliehen.
Karlsruhe, den 25. Oktober 1921.
Ministerium des Innern.
Remmelé. Zeller.

Amtliche Bekanntmachung.

Landtagswahl 1921 betr.
Aus Anlaß der Landtagswahl wird die Polizeistunde in der Stadt Karlsruhe am Wahltag, Sonntag, den 30. Oktober ds. Jrs., auf 1 Uhr festgesetzt.
Karlsruhe, den 26. Oktober 1921. 3.538
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. O. 3.162

Badisches Landestheater.

Samstag, 29. Oktober. 7 bis 10 Uhr Mk. 14.40.
Theater-Gemeinde B.V.B. Nr. 2801-3300.

Katte.

Im Landestheater. So. 30. nachm. 2. Der Froschkönig oder Der eiserne Heinrich. (7.00.) abends 6. Königskinder. (25.00.) — Die 1. Nov. *Tristan und Isolde. 5. (25.00.) — Mi. 2. Volksbühne A 3. Der Troubadour. 7. (20.00.) — Do. 3. *Spiel der Schatten. 7. (12.00.) — Fr. 4. Schülermiete-Vorstellung. B 6. Der Waffenschmidt. 7. (20.00.) — Sa. 5. *Neu einstudiert. Die Wildente. 6 1/2. (14.40.) — So. 6. Lohengrin. 5. (30.00.) — Mo. 7. II. Sinfonie-Konzert. Leitung: Fritz Cortolezis. Solisten: Magda Spiegel vom Opernhaus Frankfurt a. M., Willi Zilken. 7. (8.00.) Mitglieder des B.V.B. erhalten gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte ermäßigten Eintritt bis zu 2 Karten im Parterre à 7.00. — Die 8. *Die beiden Seehunde. 7. (14.40.)

Im Konzerthaus. So. 30. *Börsenfeber. 7. (12.20.) — Die 1. Volksbühne B 6. Rose Bernd. 7. — So. 6. *Börsenfeber. 7. (12.20.)
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Verkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag den 29., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag den 31. an.

Charakter- deutung

(20 Zeilen in Tinte gedr.)
Marl 6.60 s. 508b
Grapholog. Institut
G. A. Ritter
Karlsruhe, Rönnerstraße 30.

Eine gut eingerichtete Schmiedewerkstätte mit Krafthammer, Drehbank, Schraubenschnidmaschinen u. a. m. würde Spezialarbeit übernehmen. Gef. Angebote unter A. 723 an die Expedition der Karlsruh. Ztg.

Freier Glaube

Ein Bekenntnis

von

Albert Sexauer

Preis 6.50 Mark

Abkehr vom Christentum unserer Kirchen bedeutet nicht Verzicht auf Religion. Im Gegenteil. Unzählige Menschen unserer Tage haben sich von der Kirche abgewandt, aus Religion. Weil ihnen nicht genügte, was sie dort fanden. Ein neues, vertieftes Vertrauen — zu Gott, zur Welt, zum Menschen — mit einem Wort: einen neuen Glauben suchen sie, einen freieren, reineren, als ihre Väter ihn bekamen. Ihnen allein zeigt Sexauer einen Weg: wahrhaft gläubig zu sein, ohne an Freiheit einzubüßen; der Natur ihr Recht zu lassen, ohne den Geist zu leugnen; Gott zu geben, was Gottes ist, ohne der Welt zu nehmen, was ihr zukommt. Dieser Weg wird uns aus den Niedrigkeiten unseres heutigen Lebens herausführen, denn auf ihm allein werden unzählige, unbefriedigte zwischen Zweifel und Verzweiflung hin- und her-schwankende Menschenleben wiederfinden, was dem Geschlechte von heute so gut wie unbekannt ist: innere Ruhe und Stetigkeit, Friede mit Gott und Welt.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt durch den Verlag
G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag
in Karlsruhe, Baden, Karlsruh. Friedrichstr. 17

Westdeutscher Südwestdeutscher Güterverkehr.

Auf 1. November 1921 wird der Tarif neu ausgegeben. Die bisherigen westdeutsche-südwestdeutsche Tarife 1 und 5 samt Nachträgen werden aufgehoben. Der gemeinsame Nachtrag zu den Heften 5, 6 und 8 vom 1. September 1920 bleibt jedoch bis auf Weiteres noch in

Geltung. Im neuen Tarif sind teilweise Entfernungs-erhöhungen bis zu 3 km. durchgeführt. Der Tarif kann zum Preise von M. 15.— von unserem Verkehrsamt bezogen werden. Näheres in unserem nächsten Tarifanzeiger und bei unserem Güterverkehrsamt.
3.547

Karlsruhe, 26. Okt. 1921.
Eisenbahn-General-direktion.

Übungen im Skizzieren elektrischer Schaltungen

für Schüler und zum Selbst- unterricht für Handwerker:

Mechaniker, Schlosser, Blechner, Installateure usw.

Von

E. Baumgartner

Gewerbelehrer in Pforzheim

Vier Hefte

Heft 1: Einfache Schwachstromanlagen. — Heft 2: Einfache Starkstrom-schaltungen (Stufe 1). — Heft 3: Einfache Schwachstromschaltungen (Stufe 2). — Heft 4: Einfache Starkstromschaltungen (Stufe 2).

Jedes Heft enthält 9 Blatt Skizzen und ein Begleitwort

Preis des Heftes Mark 2.40

Vom Badischen Landesgewerbeamt behördlich empfohlen

Diese Übungen zeigen einfache Aufgaben in systematischer Reihenfolge, die an der Hand von Musterbeispielen und einfachen Schaltungsregeln gelöst werden können.

Die zeichnerische Darstellung ist einfach und übersichtlich, die Auswahl der Aufgaben zweckentsprechend. Für Lehrer und Schüler, sowie für den Handwerker, der sich selbst unterrichten will, sind die Skizzen ein willkommenes Hilfsmittel.

Stimmen der Presse:

Der Metallarbeiter: „Wir kennen zum Selbststudium des Skizzierens elektrischer Schaltungen kein besseres Werk als das vorliegende.“

Deutsche Installateurzeitung: „Die Skizzen geben eine wertvolle Sammlung einfacher Aufgaben. Herauszuheben sind die Übungen im Bewickeln von Elektromagneten und die Aufgaben, welche die Ausführung von Schaltungen im Anschluß an vorhandene Anlagen verlangen.“

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag,
Karlsruhe (Baden), Karlsruh. Friedrichstraße 14.